

Kritik an IGI hält an – Planer stellen Änderungen vor

Verbandsversammlung stimmt Planentwurf zu - Das sind die wichtigsten Stellungnahmen zum Industriegebiet im Rißtal



Welche Auswirkungen hat das geplante Industriegebiet im Rißtal auf die Anwohner, wie hier in der Karl-Arnold-Siedlung in Herrlishöfen? Dazu hat der IGI-Zweckverband jetzt abermals Auskunft gegeben. Zahlreiche Bürger und Behörden hatten ihre Stellungnahmen abgegeben. (Foto: Andreas Spengler)

Von Andreas Spengler

Warthausen

Die Planungen zum interkommunalen Industriegebiet im Rißtal (IGI) schreiten voran. Jetzt hat der Zweckverband die Stellungnahmen von Bürgern und Behörden behandelt. Sie zeigen: Vor allem Anwohner und Naturschutzverbände stören sich an dem Vorhaben. Der Verband verspricht Nachbesserungen in einzelnen Punkten und hat grünes Licht bekommen für den Planentwurf.

Die Liste der Einwände und Stellungnahmen ist lang: Alleine 55 Bürger haben viele Seiten an Befürchtungen und Kritik aufgeschrieben. Bedenken gibt es weiterhin vor allem bei den Themen Verkehr, Lärm, Wasserschutz, Flächenverbrauch und Klimaschutz. In die Kritik reihen sich auch die Naturschutzverbände BUND und Nabu ein. Sie monieren unter anderem, im Bebauungsplan seien „lediglich die gesetzlich vorgeschriebenen Mindeststandards umgesetzt“ worden. „Freiwillige Verpflichtungen oder besondere Vorgaben zu ökologischem Bauen finden sich in diesem Entwurf in keiner Weise.“ Außerdem seien die Belange der Anwohner „insbesondere zum Thema Lärmschutz“ nicht berücksichtigt. Abschließend kommen die Naturschutzverbände zu dem Schluss, dass der Zweckverband „die ökonomischen Dimensionen weit über die ökologischen und sozialen Dimensionen“ stelle.

Die Planer und Bürgermeister der beteiligten Kommunen hatten dagegen das Gebiet als „grünes Industriegebiet mit Leuchtturmcharakter“ bezeichnet, unter anderem weil ein Großteil des ökologischen Ausgleichs im Gebiet selbst erfolgen soll. Zumindest in diesem Punkt muss der Zweckverband nachsteuern: So soll ein Biotop innerhalb des Gebiets künftig mit einer Fläche in Schemmerhofen ausgeglichen werden. Es bleibe aber ein Defizit an Ökopunkten von rund 80 000, die entweder gekauft oder noch ausgeglichen werden müssen.

Im Laufe der Planungen wurden nun eine Reihe weiterer Änderungen vorgenommen, wie Planer Bernd Munz vom Büro Lars Consult erläuterte: Die Mindestgröße der Grundstücke wird auf mindestens fünf Hektar angehoben. Bislang lag die Zahl bei zwei Hektar. Bereits in einer früheren Planung wurde der angedachte Park-and-Ride-Parkplatz wieder aufgehoben. Dabei bleiben die Planer. Stattdessen soll eine freistehende Photovoltaikanlage errichtet werden. Geändert wurde auch die Entwässerung der Straßen: Das Wasser soll über Kanäle in ein Versickerungsbecken außerhalb des Wasserschutzgebiets geleitet werden. Weiterhin vorschreiben möchte der Zweckverband die insektenfreundliche Beleuchtung.

Der Verband hat nun einige weitere Gutachten in Auftrag gegeben, die Aufschluss über bislang unklare Fragen geben sollen. In einem hydrologischen Gutachten wurde nun aufgezeigt, dass es bei einer möglichen Verschmutzung des Wassers ungefähr sechs Monate dauern würde, bis diese Verschmutzung in der nahegelegenen Wasserquelle ankommt. „Das würde uns genügend Zeit zum Handeln geben, falls doch etwas passieren sollte“, erklärte Munz.

Kein Problem sehe er indes mit Arsen. Schließlich seien in dem Gebiet im Rißtal keine Moorböden vorhanden. „Somit gibt es auch keine problematischen Arsenwerte“, sagt er.

Ein weiteres Gutachten hat außerdem die Auswirkungen des Industriegebiets auf die Klimaentwicklung untersucht. Durch die Bebauung erhöhen sich zwar die Nachttemperaturen innerhalb des Gebiets, die Windgeschwindigkeiten verringern sich und östlich und westlich des Gebiets könne aufgrund des neuen Strömungswiderstands die bodennahe Windströmung zunehmen. Allerdings beziehen sich die Änderungen „weitestgehend“ auf das IGI-Gebiet selbst und die nördlich davon angrenzenden Felder. Die Siedlungen seien dagegen nicht oder kaum betroffen, heißt es in dem Gutachten.

Die Anwohner leiden aber vor allem unter dem Verkehrslärm. „Bereits heute besteht dringender Handlungsbedarf im Ortsteil Herrlishöfen“, schreiben die Naturschutzverbände in ihrer Stellungnahme. Der Zweckverband antwortet darauf, dass die Verkehrsbelastung in Herrlishöfen „unbestritten“ sei. Allerdings zeigten die Ergebnisse des Verkehrsgutachtens, dass „kein deutlicher Anstieg der Verkehrsbelastung und damit des Verkehrslärms zu erwarten“ sei. Nur ein kleiner Teil der zusätzlichen Fahrzeuge werde künftig durch Herrlishöfen fahren, ein Großteil dagegen direkt auf die B 30. Durch eine Geschwindigkeitsreduzierung in Herrlishöfen und auf der L 267 ließe sich der Lärmpegel deutlich absenken.

Kritik kommt weiterhin auch vom Regierungspräsidium Tübingen, das zumindest kritisiert, dass circa 33 Hektar „hochwertige landwirtschaftliche Fläche dauerhaft entzogen werden und nicht mehr der produktiven Landwirtschaft zur Verfügung stehen“. Deshalb bestünden aus Sicht der Landwirtschaft „grundsätzliche Bedenken gegenüber der Planungen“. Umwidmungen sollten „grundsätzlich ausgeschlossen bleiben“.

Grundsätzliche Einwände haben auch einige Bürger der ehemaligen Ortschaft und des heutigen Warthäuser Ortsteils Höfen. Sie sehen mit den Plänen die Rechte aus einem Eingemeindungsvertrag verletzt (SZ berichtete). Momentan läuft zu dieser Frage ein Verfahren beim Verwaltungsgericht in Sigmaringen. Der Zweckverband lässt in seiner Antwort aber bereits erkennen, wie er die Chancen der Klagen einschätzt: Durch die Formulierungen im Vertrag sei zum Ausdruck gebracht worden, dass eine „zeitlich unbegrenzte Bindungswirkung nicht gegeben ist“.

Deutlich beantwortet der Verband auch, wer künftig für die Erschließungskosten aufkommen soll: Diese würden „nach den gesetzlichen Regelungen auf die künftigen Eigentümer der Grundstücke im Plangebiet“ umgelegt.

Bei der Sitzung des Zweckverbandssitzung stimmte das Gremium schließlich einheitlich für die Billigung der Entwurfsplanung. Der Entwurf wird nun ein zweites Mal ausgelegt, dies soll etwa in zwei Monaten erfolgen, wie IGI-Verbandsvorsitzender Mario Glaser erklärte. Der Entwurf werde dann für weitere zwei Monate öffentlich ausgelegt. Die Gemeinderäte Josef Weber (Grüne, Biberach) und Rudolf Haug (ÖBB, Warthausen) zeigten sich als Mitglieder der Verbandsversammlung mit den Planungen nicht zufrieden, folgten aber dennoch den Weisungsbeschlüssen ihrer Ratsgremien. Haug sagte, mit den Plänen sollen nur „die Wünsche der Industrie erfüllt werden“. Weber verwies einmal mehr auf das weltweite Artensterben und den Flächenverbrauch. Das seien die „Nöte und Sorgen“ der heutigen Zeit, denen die Planungen für ein Industriegebiet nicht gerecht würden. Der Zweckverband hat die Kritik zurück
